

# Bern

## Vollmers «geschockt» über tiefe Miete

Günstig wohnen in städtischen Herrschaftsklassern: Berner Politprominente wie das Ehepaar Vollmer zahlen Mietzinsen, die weit unter dem Marktwert liegen. Nun gerät die Liegenschaftsverwaltung unter Beschuss.

Julian Müller

Die wohlhabendsten Herrschaftsklassern der Stadt Bern an bester Lage. Die Privats: Längst nicht alle Mieter dieser herrschaftlichen Immobilien marktübliche Mietzinsen. 1100 Wohnverträge liegen gar bis zu 50 Prozent zu günstig zu ihrem Marktwert vor. Wie die NZZ gestern berichtet, verhalten sich zwei Wohnungen der von der Stadt Bern und Wiltshire, Bern Ltd. der grossen Berner SP-Politikern Peter und Gaby Vollmer (siehe unten) 2008 erworben. Die beiden Wohnungen im 9. Quartier sind jeweils 3-Zimmer-Wohnung mit 130 Quadratmetern und kosten, laut Vollmer, nur 2000 Franken Mietzinsen. Wie das berichtet, sind sie zu dem Wert der Wohnungen, die etwa doppelt so teuer wie diese Mietzinsen sind, zu kaufen. Die Stadt Bern hat die Liegenschaftsverwaltung unter Beschuss genommen. Sie hat die Liegenschaftsverwaltung unter Beschuss genommen. Sie hat die Liegenschaftsverwaltung unter Beschuss genommen.



Die Stadt Bern hat die Liegenschaftsverwaltung unter Beschuss genommen. Sie hat die Liegenschaftsverwaltung unter Beschuss genommen.

### Nische für 44 000 Franken

Die Nische in der Weststrasse liegt nicht nur in der Stadt Bern an bester Lage, sondern ist auch eine Nische in der Wohnungsmarktsituation. Die Wohnungsmarktsituation ist angespannt. Die Wohnungsmarktsituation ist angespannt. Die Wohnungsmarktsituation ist angespannt.

### «Wohnungsvergaben zu diesen Konditionen müssen ein Ende haben.»

Stavros Katsis, NZZ Online

Die Wohnungsmarktsituation ist angespannt. Die Wohnungsmarktsituation ist angespannt. Die Wohnungsmarktsituation ist angespannt.

Die SP-Fraktion gerät über wegen des günstigen Mietzins unter Druck. Die SP-Fraktion gerät über wegen des günstigen Mietzins unter Druck. Die SP-Fraktion gerät über wegen des günstigen Mietzins unter Druck.

Nachfrage zahlen doppelt so viel. Die Nachfrage zahlen doppelt so viel. Die Nachfrage zahlen doppelt so viel. Die Nachfrage zahlen doppelt so viel.



Gaby Vollmer, Peter Vollmer

Präsident Nidendorfer, die SP-Fraktion gerät über wegen des günstigen Mietzins unter Druck. Die SP-Fraktion gerät über wegen des günstigen Mietzins unter Druck. Die SP-Fraktion gerät über wegen des günstigen Mietzins unter Druck.

Die SP-Fraktion gerät über wegen des günstigen Mietzins unter Druck. Die SP-Fraktion gerät über wegen des günstigen Mietzins unter Druck. Die SP-Fraktion gerät über wegen des günstigen Mietzins unter Druck.

### Stadtgericht macht Druck

Während die SP-Fraktion über wegen des günstigen Mietzins unter Druck. Die SP-Fraktion gerät über wegen des günstigen Mietzins unter Druck. Die SP-Fraktion gerät über wegen des günstigen Mietzins unter Druck.

## Lehrer wollen Frühlektion beibehalten

Die unstrukturierten Morgenstunden lassen sich nicht sinnvoll kompensieren, sagt die Lehrerschaft.

Die Lehrer wollen nicht nur eine Verbesserung der Unterrichtszeiten an den Schulen erreichen. Die Lehrer wollen nicht nur eine Verbesserung der Unterrichtszeiten an den Schulen erreichen. Die Lehrer wollen nicht nur eine Verbesserung der Unterrichtszeiten an den Schulen erreichen.

Die Lehrer wollen nicht nur eine Verbesserung der Unterrichtszeiten an den Schulen erreichen. Die Lehrer wollen nicht nur eine Verbesserung der Unterrichtszeiten an den Schulen erreichen. Die Lehrer wollen nicht nur eine Verbesserung der Unterrichtszeiten an den Schulen erreichen.

Die Lehrer wollen nicht nur eine Verbesserung der Unterrichtszeiten an den Schulen erreichen. Die Lehrer wollen nicht nur eine Verbesserung der Unterrichtszeiten an den Schulen erreichen. Die Lehrer wollen nicht nur eine Verbesserung der Unterrichtszeiten an den Schulen erreichen.

## Stadt möchte dem Kriegsende gedenken

Am 8. Mai 1945 wird es 70 Jahre her sein, als die Stadt Bern den Zweiten Weltkrieg beendete. Die Stadt Bern möchte dem Kriegsende gedenken. Die Stadt Bern möchte dem Kriegsende gedenken. Die Stadt Bern möchte dem Kriegsende gedenken.

## Pulvers politische Bildung reicht Politikerin Masshardt nicht

Bildungsdirektor Pulver (Grüne) vernachlässige die Politik an den Schulen, findet SP-Nationalrätin Masshardt. Zu viel Politik sei nicht sinnvoll, findet der Regierungsrat.

Marcello Odermatt

Politik ist, wenn sich Exponenten unterschiedlicher Parteien gegenseitig Vorwürfe machen. Heutiges Fallbeispiel: Die SP-Politikerinnen Nadine Masshardt und Meret Schindler vs. den grünen Erziehungsdirektor Bernhard Pulver. Masshardt, frühere Grossrätin und heutige Nationalrätin, wirft dem Regierungsrat vor, die politische Bildung an den Schulen zu vernachlässigen. Und dies, obschon er seit 2007 verbindliche Aufträge des Kantonsparlaments dazu hätte. Damals überwiegt der bürgerlich dominierte Grosse Rat zwei Vorstösse der SP-Frau: zum einen die Forderung, eine Website zur politischen Bildung mit Informationen zu Politik für Lehrer und Schüler zu entwickeln, andererseits den Auftrag, die Pädagogische Hochschule (PH) Bern zu verpflichten, politische Bildung als festen Bestandteil der Grund- und Weiterbildung zu verankern.

Das war vor acht Jahren. Seither ist scheinbar nichts passiert. «Bis heute erfuh ich zumindest nie von umgesetzten Massnahmen», sagt Masshardt. Dies erstaune sie, immerhin seien die Vorstösse ohne Gegenstimme überwiesen worden. Insofern frage sie sich, ob die politische Bildung im Kanton Bern nicht den Stellenwert genieße, den sie haben sollte. Sie, Masshardt, habe immer noch das Gefühl, die politische Bildung laufe an den Schulen zu oft unter «ferner liefen». Der Lehrauftrag sei viel zu unverbindlich. Die Lehrer müssten deshalb bereits bei ihrer Ausbildung stärker für die politische Bildung sensibilisiert werden. Oder, mit anderen Worten: Die heutige Jugend hat von Föderalismus, direkter Demokratie und Co. keine Ahnung.

### Erneuter Druck im Grossen Rat

Nun legt Masshardt gemeinsam mit Schindler nach. Während Masshardt mit breit abgestützten Vorstössen im Nationalrat das Thema auf Bundesebene zu hieven versucht, macht Schindler im Grossen Rat Druck. Sie erkundigt sich dabei nicht nur nach der einst geforderten Website und dem Leistungsauftrag mit der PH. Neu will sie auch dafür sorgen, dass die politische Bildung in den Lehrplan 21 aufgenommen wird. Dieser beinhaltet neue Lernziele und Lern-

methoden. Das Projekt der Deutschschweizer Kantone wird derzeit von Pulver für die geplante Einführung ab 2018 vorbereitet. «Ich stelle fest, dass etwa viele Gewerbeschüler von der schweizerischen Politik nicht viel wissen», sagt Schindler. Dafür könnten die Jugendlichen, gerade auch auf lokaler Ebene, viel bewegen, wenn sie wollten. Schindler möchte daher Politik «am liebsten» als eigenes Fach in den Lehrplan aufnehmen lassen. Pulver müsse das Fach im Rahmen des Lehrplans 21 zumindest stärken, so Schindler. Dass so wenig passiert sei in den letzten Jahren, sei doch «sehr hart an der Schmerzgrenze», sagt Schindler.

### Alles alter Kaffee

Politik ist, wenn es die andere Seite naturgemäss anders sieht. Pulver gibt sich bei seiner Gegenkritik aber diplomatisch: Er könne ja die Politiker und Politikerinnen verstehen, die immer wieder für ihre Themen kämpfen, sagt der Regierungsrat. Im Fall der zwei Vorstösse müsse er die Kritik aber von sich weisen: So existiere zwar keine Website des Kantons Bern. Aber die PH Nordwestschweiz habe bereits seit langem eine solche Homepage. Und auch die PH Bern habe die politische Bildung in den aktuellen Lehrplan integriert. Dies habe der Grosse Rat bereits

2009 zur Kenntnis genommen, als die Vorstösse vom Parlament, in dem auch die damalige Grossrätin Masshardt noch vertreten war, abgeschrieben worden seien.

### Mehr Politik mit Lehrplan 21?

Und überhaupt: Von einer politisch wenig gebildeten Jugend will der Erziehungsdirektor ohnehin nichts wissen. Zwar sei Politik kein eigenes Fach, und ja, so Pulver, die Schulen würden das Thema wohl unterschiedlich stark gewichten. «Ich habe aber das Gefühl, dass die Jugendlichen sehr wohl politisch im Bilde sind.» Mit dem Lehrplan 21 werde die politische Bildung nun aber tatsächlich ein stärkeres Gewicht bekommen. «Politik ist explizit als fächerübergreifendes Thema vorgesehen.» Es sei hingegen nicht sinnvoll, zu jedem gesellschaftlichen Thema ein eigenständiges Fach zu etablieren. «Andere möchten auch ein Fach für die Gesundheitsförderung, damit die Jungen sich immer gesund ernähren, oder ein Fach zum Budget, damit sie sich nicht verschulden.» Allen Ansprüchen könne die Schule nicht gerecht werden.

Tatsächlich, auch das ist Politik: Sie kann nicht allen gerecht werden. Aber immerhin, in der Politik haben am Schluss immer alle Recht.

Grösster Ausverkauf aller Zeiten 1998 bis heute. Nachhaltige LEDER- und LAMPELLACKEN von Spitzenqualität. 50% Rabatt oder mehr...! Schauen Sie sich unsere Website auf YouTube an, mit dem Titel: Ledermode Parade! Besuchen Sie uns an der Effingerstrasse 23, 3000 Bern. Tel. 079 242 43 43. Partecipare bei City West.